gegenwärtigen Friedensverhandlungen mit Rußland. Er würdigte die große wirtschaftliche Bedeutung eines Friedensschlusses mit der Ukraine und betonte, daß die militärische Bedeutung des russischen Friedensschlusses nur eine Frage der Zeit sei, da jeder weitere militärische Widerstand Rußlands unmöglich wäre. Gegenüber den Angriffen auf die Haltung der Regierung wies Stresemann darauf hin, daß die Entscheidung des kurländischen Landtages für engere Angliederung an Deutschland völkerrechtlich unbedingt auch von Rußland anerkannt werden müsse. Entschieden zurückzuweisen seien die neuerdings in unerhörter Weise auftretenden Versuche österreichischer Politiker und Publizisten, die deutsche Außenpolitik zu beeinflussen, und sich sogar in innere personelle Angelegenheiten einzumischen. Die Versuche des österreichischen Abgeordneten Dr. Viktor Adler, Deutschland in seine Kriegsziele hineinreden zu wollen, und die Unterstützung dieses Bestrebens durch den „Vorwärts" können nur die Wirkung haben, Trotzki in seinem Widerstand zu bestärken und dadurch den definitiven Friedensschluß hinauszuziehen. Nach den letzten Vereinbarungen in Berlin dürfe man aber erwarten, daß die Regierung gegenüber derartigen Bestrebungen fest bleiben werde. Bei Besprechung der inneren Fragen betonte Dr. Stresemann, daß die notwendigen neuen Steuern tief in den Prozeß der Volkswirtschaft eingreifen und eine gewisse Revolutionierung bisheriger volkswirtschaftlicher Grundsätze in bezug auf Zollfragen in sich bergen würden.

Die Vorgänge in Rußland.

Zwei ehemalige russische Minister ermordet!

Die Newyorker Associated Preß meldet aus Petersburg vom 21. Januar: Die früheren Minister des Kabinetts Kerenski, Tschingarew und Kokoschkin, wurden letzte Nacht im Marine-Hospital, wohin sie aus der Peter-Pauls-Festung krankheitshalber verbracht worden waren, in ihren Betten ermordet. Ein Dutzend bewaffneter Männer drang in das Hospital ein, fragte, wo die Minister lägen, und feuerten 6 Schüsse auf Tschingarew und 2 auf Kokoschkin ab. Beide wurden getötet. Die Mörder verließen darauf das Hospital. Weiter wurde ein Mordversuch gegen den bolschewistischen Wahlkommissar Uritzky unternommen.

Von der Konstituante.

Havas meldet aus Petersburg: Lenin teilte einer Abordnung der Provinzialsowjets mit, daß es der verfassunggebenden Versammlung nicht gestattet sein werde, sich anderswo zu versammeln, und daß, um die aufgelöste Versammlung einzuberufen, es eines neuen Beschlusses des nächsten Kongresses der Sowjets bedürfe. Das Zentralkomitee der Sowjets tritt zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um die durch die Ereignisse in Petersburg herbeigeführte Lage zu prüfen. — Die „Morning Post" meldet, daß die Petersburger Regierung Neuwahlen für die russische Volksvertretung für den 27. Februar ausgeschrieben hat. Der Zusammentritt der neuen Volksvertretung soll erst nach Abschluß des Friedens mit den Mittelmächten erfolgen.

Lenin beherrscht die Lage.

Corriere della Sera erfährt aus Petersburg, daß zahlreiche Abgeordnete verhaftet worden sind, und weitere Verhaftungen bevorstehen. Die Sozialrevolutionäre haben beschlossen, keinen öffentlichen Aufstand zu provozieren und sich nicht gegen die Diktatur Lenins aufzulehnen. Bei den letzten Straßenkämpfen gab es 120 Opfer, darunter 20 Tote. Die rote Garde und Lenins Matrosen sind Herren der Lage in Petersburg.

Der russische Staatsbankrott.

Die „Morning Post" meldet: Das britische Staatsamt erhielt zuverlässige Informationen, die die vollkommene Zahlungseinstellung der russischen Staatsverpflichtungen bestätigen. Die Forderungen an Rußland werden durch die russischen Golddeponierungen in London nur teilweise gedeckt. Mit der Zahlungseinstellung ist in Petersburg ein Verbot an die Banken ergangen, bis auf weiteres Schecks und Zahlungsanweisungen an das Ausland zu geben.

Deutscher Geist auf türkischen Schiffen.

Erfolgreicher Vorstoß der „Göben" und „Breslau".

Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Am 20. Januar stießen türkische Streitkräfte, und zwar der Panzerkreuzer „Sultan Javus Selim" (früher Göben"), der kleine Kreuzer „Midilli" (früher „Breslau") und Torpedoboote, auf den Dardanellen gegen feindliche Streitkräfte vor, die durch Fliegeraufklärung bei der Insel Imbros festgestellt waren. Ein großer und ein kleiner englischer Monitor wurden vernichtet, ein Transportdampfer von 2000 Tonnen versenkt, mehrere Hulks schwer beschädigt und die englische Signalstation in der Kephalo-Bucht zerstört. Beim Rückmarsch nach den Dardanellen ist der kleine Kreuzer „Midilli" durch mehrere Unterwassertreffer von Minen oder Unterseebooten gesunken. „Sultan Javus Selim" kam beim Einlaufen innerhalb der Dardanellen in der Enge bei Nagara leicht fest. Er ist nicht, wie in der englischen amtlichen Meldung behauptet wird, durch schwere Beschädigung auf Strand gesetzt.

Der türkische Bericht.

Die Agentur Milli meldet: Dardanellen: In einem kühnen Angriff stießen gestern „Javus Selim" „Midilli" und Torpedoboote aus den Dardanellen vor, um feindliche Streitkräfte, die bei Imbros festgestellt waren, zu vernichten. 2 feindliche Monitore („Raglan" und M. 28), ein Transportdampfer von 3000 Tonnen, eine Signalstation und zahlreiche Munitionsdepots wurden vernichtet. Ein feindliches Flugzeug wurde abgeschossen, ein anderes schwer beschädigt. Die Küstenbatterien beschossen erfolgreich feindliche Torpedoboote. Bei der Rückfahrt sank „Midilli" durch mehrfache Minentreffer.

Bericht der englischen Admiralität.

Die Admiralität meldet: Der englische Oberbefehlshaber im Mittelmeer meldet, daß der deutsche Schlachtkreuzer „Göben" (türkischer Name „Sultan Selim"), der leichte Kreuzer „Breslau" (türkischer Name „Midilli") und Zerstörer am Sonntag, den 20. Januar, morgens, am Dardanelleneingang mit englischen Streitkräften in ein Gefecht verwickelt waren. Die „Breslau" sei gesunken, die „Göben sei entkommen, sei aber anscheinend ernstlich beschädigt in den Engen der Straße auf Strand gesetzt worden. Sie sei von Seeflugzeugen angegriffen worden. Weitere Einzelheiten werden erwartet. Wir verloren den Monitor „Raglan" und einen kleinen Monitor.

Ernste Ereignisse in England.

Rücktritt Carsons.

Amtlich wird aus London mitgeteilt, daß Carson als Mitglied des Kriegskabinetts zurückgetreten ist. Carson galt im englischen Kabinett als einer der starken Männer. Seine Stellung war schon seit einiger Zeit erschüttert. Ob er nur aus dem Kriegsrat (der fünfgliedrige Ausschuß der Ministeriums) oder aus dem Kabinett überhaupt ausscheidet, wird in der Meldung nicht ausdrücklich gesagt. Reuter meldet, daß der Rücktritt Carsons nicht auf Zwistigkeiten im Kriegskabinett im Zusammenhang mit dem Krieg zurückzuführen sei. Das Rücktrittsgesuch wurde in freundlichem Sinne eingebracht, da Carson der Regierung freiere Hand bei Behandlung der irischen Angelegenheiten zu geben wünschte.

Teuerungskundgebungen in Manchester.

Die Lebensmittelknappheit hat in Manchester am 16. d. M. bemerkenswerte Kundgebungen hervorgerufen. Sämtliche Arbeiter- und Arbeiterinnen der achtgrößten Munitionsfabriken legten die Arbeit nieder und marschierten zum Rathaus, um die nationale Zwangsrationierung mit einer gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel für alle Gesellschaftskreise zu verlangen. Eine weitere, einem Generalstreik gleichkommende, 100000 Personen umfassende Veranstaltung gegen die ungleiche Lebensmittelversorgung wurde für nächsten Sonnabend beschlossen.

Bedrohliche Vorgänge in Schottland.

Ein Berichterstatter der „Daily News" gibt eine eingehende Schilderung der bedrohlichen Lage in den schottischen Industriebezirken. Die dortigen Gewerkschaften haben ihr Ultimatum an die Regierung aufrechterhalten, demzufolge am 21. Januar ein Generalstreik in der Clyde-Industrie einsetzen werde, falls die neuen Rekrutierungsgesetze bis dahin nicht zurückgezogen würden. Der Berichterstatter führt aus, daß die wirklichen Ursachen für die revolutionäre Haltung der Arbeiterschaft nicht in technischen oder rechtlichen Einwendungen gegen die Vorschläge der Regierung zu suchen seien, sondern in der allgemeinen Kriegsmüdigkeit.

Günstlingswirtschaft im englischen Heer.

Bei der Unterhausdebatte am 17. Januar über die Mannschaftsersatzvorlage beklagte ein Abgeordneter sich bitter über die in der englischen Armee herrschende Günstlingswirtschaft. Wenn es keine Bevorzugung gäbe und alle Gesellschaftsklassen die gleichen Opfer brächten, würde man seitens der Arbeiter keine Krisis zu befürchten brauchen. Im Lande herrsche die weitverbreitete Ansicht, daß das zur Verfügung stehende kräftige Menschenmaterial in unbilliger Weise verwendet worden sei.

Lebensmittel, die England nicht erreichen!

Der Schiffsraummangel in England ist, wie „Daily Mail" aus Sidney meldet, die Veranlassung, daß der Gesamtexport der Getreideernte Australiens für den Weltverkehr aufgehalten wird, da keine Schiffe vorhanden sind, um das Getreide von Australien nach England oder Amerika zu bringen. Auch von der vorjährigen Ernte sind noch größere Mengen in Australien übriggeblieben, da das Land selbst nur ein Drittel der durchschnittlichen Ernte benötigt.

Ein Friedensvorschlag englischer Arbeiter.

In Woolwich haben zwei Arsenalarbeiter einen Antrag eingebracht, der angenommen wurde und der die Regierung ersucht, mit den Kriegführenden Verhandlungen anzuknüpfen auf folgender Grundlage: Selbstbestimmungsrecht der Völker, keine Annexionen, kein Schadenersatz. Sollten die Verhandlungen ergeben, daß der deutsche Imperialismus das einzige Hindernis des Friedens ist, so ist die Versammlung bereit, an der Fortsetzung des Krieges mitzuwirken, bis diese Ziele erreicht sind. Weiter wird auf die Einberufung einer internationalen Arbeiterkonferenz gedrungen.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Dresden, 21. Januar.

Eine lebhafte Kammersitzung.

Die Zweite Kammer trat heute nachmittag in Gegenwart der Staatsminister Beck, Graf Vitzthum von Eckstädt, von Seydewitz und Dr. Nagel zu ihrer 17. öffentlichen Sitzung zusammen, der auf der Diplomatentribüne der preußische Gesandte Graf von Schwerin beiwohnte. Zunächst erledigte das Haus in Schlußberatung Kap. 32 bis 36a des Rechenschaftsberichtes über den Staatshaushalt auf die Jahre 1914/15 betr. den Geschäftsbereich des Gesamtministeriums sowie Kap. 32 und 33 des ordentlichen Staatshaushaltsplans für 1918/19 betr. Gesamtministerium und Staatsrat sowie Kabinettskanzlei. Ueber den 1. Punkt berichtete Abg. v. Byern (kons.). Er beantragte, die bei den Kapiteln Gesamtministerium und Staatsrat, Ordenskanzlei, Hauptstaatsarchiv und Oberrechnungskammer vorgekommenen geringen Ueberschreitungen nachträglich zu genehmigen.

Abg. Dr. Hähnel (kons.) beantragte: Die Kammer wolle beschließen: 1. bei Kap. 32, Gesamtministerium und Staatsrat, a. nach der Vorlage die Ausgaben mit 39 593 Mk. zu bewilligen, b. die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, daß das Gesetz- und Verordnungsblatt denjenigen Abgeordneten, die es wünschen, unentgeltlich zugestellt wird; 2. bei Kap. 33, Kabinettskanzlei, nach der Vorlage die Ausgaben mit 1027 M. zu bewilligen.

Abg. Dr. Dietel (Fortschr.) fragt, wie sich die Regierung zur

Löschung der Strafen in den Personalregistern

stelle, ähnlich, wie es in Preußen durchgeführt sei.

Das Antworttelegramm des Königs.

Vizepräsident Fräßdorf (Soz.) teilt mit, daß die sozialdemokratische Fraktion die Forderung in Kap. 33 ablehne, da sich die Regierung der Mehrheit des Volkes entgegenstelle. Der Reichstag und unsere Verbündeten seien der Ansicht, daß ein Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen abgeschlossen werde. Auch der österreichische Außenminister habe sich hierfür erklärt. Es sei notwendig, auch den Friedenswillen im Ausland zu steigern. Die Sozialdemokratie wünsche keinen Verzichtfrieden, sondern einen Vergleichsfrieden, dahingehend, daß Deutschland seinen Platz an der Sonne behalte. Der Redner besprach dann das Antworttelegramm des Königs an die Plauener Ortsgruppe für einen deutschen Frieden. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die Handlungen des Königs nicht kritisiert werden dürften. Da jedoch das Gesamtministerium hierfür verantwortlich sei, lehne die Sozialdemokratie die Forderung für das Gesamtministerium ab. In der gestrigen Zirkusversammlung habe man dem König auch noch den Dank für sein Telegramm ausgesprochen. Er protestiere dagegen, daß in dem Telegramm etwas behauptet werde, was nicht zutreffe. Nach seiner Meinung sei der König vom Gesamtministerium schlecht beraten. Auch in Sachsen habe man den Versuch gemacht, eine Annäherung zwischen Monarchie und Sozialdemokratie herbeizuführen. Er stehe auf dem Standpunkte, daß einem gegenseitigen Austausche nichts im Wege stehe. Eine weitere Annäherung sei jedoch infolge der Haltung der Regierung nicht möglich. Er verweise nur auf die Vorlagen betr. die Reform der Ersten Kammer und den Entwurf einer neuen Landtagsordnung. Der letztere sei ein Maulkorbgesetz und eine Brüskierung des Hauses. Auch eine Wahlrechtsvorlage wie in Preußen fehle noch. Die Ausführungen des Redners wurden vielfach von Zwischenrufen unterbrochen.

Staatsminister Dr. Beck

bemerkt, daß die Anregung des Abg. Dr. Dietel bereits Gegenstand von Erörterungen im Gesamtministerium bilde. Gegen die Behauptung des Vizepräsidenten Fräßdorf, nach der sich die sächsische Regierung den Wünschen der Mehrheit entgegenstelle, müsse er schärfste Verwahrung einlegen, ebenso auch dagegen, daß die Kriegstreiber ihre Unterstützung bei der Regierung fänden. Die Staatsregierung werde nur einem Frieden zustimmen, der die Zukunft Deutschlands nach jeder Richtung hin sichere. Es müsse dafür Sorge getragen werden, daß die ungeheuren Opfer unserer Feldgrauen nicht vergebens gewesen seien. Die Beratungen des Gesamtministeriums mit dem König würden jederzeit von der ernsten Besorgnis für das Wohl des Landes und des Volkes geleitet. Mit der Angelegenheit des Plauener Telegramms sei das Gesamtministerium überhaupt nicht befaßt worden, sondern lediglich der Minister des Innern. Würde dies der Fall gewesen sein, dann würde auch das Gesamtministerium seine Zustimmung zu dem Antworttelegramm gegeben haben. (Lebhaftes Bravo.) Auch für den König müsse das Recht der freien Meinungsäußerung in Anspruch genommen werden. Bei dem Telegramm handele es sich nur keine Verfügung in einer Regierungsangelegenheit. Mit beiden Kundgebungen habe der Monarch lediglich die Zuversicht ausgesprochen, daß der Kaiser, gestützt auf die Wehrkraft Deutschlands, nur einem Frieden seine Zustimmung geben werde, der die Zukunft Deutschlands sichere. Kein Wunsch sei wohl nach den großen Opfern berechtigter als dieser, und es sollte keinen Deutschen geben, der sich diesem Wunsche nicht anschließe. Deshalb solle man dem König aus wärmsten Herzen dafür danken, daß er diesem Wunsche Ausdruck gegeben habe. (Lebhafte Zustimmung.)

Staatsminister Graf Vitzthum v. Eckstädt

behält sich vor, die von dem Vizepräsidenten Fräßdorf angeschnittenen Fragen bei einer späteren Gelegenheit zu erörtern. Das Telegramm des Königs habe ihm vorgelegen und sei auch mit seiner Zustimmung abgegangen. Als noch weitere ähnliche Telegramme bei Sr. Majestät eingingen, habe er im Auftrage des Königs den erwähnten Dankerlaß in der sächsischen Staatszeitung veröffentlicht. Er übernehme für beide Kundgebungen die volle staatsrechtliche Verantwortung. Einzelheiten der Kriegsziele seien hier nicht zu erörtern. Die Staatsregierung verwahre sich aber gegen den Gedanken einer Annexionspolitik wie gegen den Gedanken eines Verzichtfriedens. Unsere wirtschaftliche Lage werde durch einen sofortigen Frieden nicht verbessert und der Vizepräsident Fräßdorf habe mit seinen Ausführungen seinem Vaterlande einen schlechten Dienst erwiesen; denn dadurch werde im feindlichen Auslande der Eindruck erweckt, als ob wir gezwungen seien, den Krieg infolge unserer wirtschaftlichen Lage beenden zu müssen. Dies sei jedoch durchaus nicht der Fall. (Lebhaftes Bravo.)

Vaterlandspartei und Admiral Tirpitz.

Abg. Posern (natlib.) bemerkt, daß die Regierung nicht immer genau über die Stimmung im sächsischen Volke unterrichtet sei. Unsere Bevölkerung sei zu einem Frieden bereit unter der Voraussetzung, daß ihre Notlage sofort schwände. Wenn dies nicht möglich sei, dann seien auch weite Kreise für den Frieden nicht zu haben. An den Friedensverhandlungen müßten auch Vertreter von Sachsen und Bayern teilnehmen.